

Institut für Multimediales Öffentliches Recht

Repetitorium Öffentliches Recht I
WS 2009/2010

Mag. Doris Stilgenbauer

Überblick

1. Tag

- Verfassungstheorie in Fällen
- Übungsfall - Antrag

2. Tag

- Verfassungstheorie in Fällen
- Diplomprüfungsfall

**Im Rahmen seiner Prüfungsvorbereitung für die Fachprüfung aus
ÖR I fragt sich der Multimediestudent der Rechtswissenschaften
Kai Klug, ob das GOG-NR ein Verfassungsgesetz ist?**

Im Rahmen seiner Prüfungsvorbereitung für die Fachprüfung aus ÖR I fragt sich der Multimediestudent der Rechtswissenschaften Kai Klug, ob das GOG-NR ein Verfassungsgesetz ist?

1. Was sind die Voraussetzungen im Gesetzgebungsverfahren des Nationalrates für ein Bundesverfassungsgesetz?

Im Rahmen seiner Prüfungsvorbereitung für die Fachprüfung aus ÖR I fragt sich der Multimediasstudent der Rechtswissenschaften Kai Klug, ob das GOG-NR ein Verfassungsgesetz ist?

1. Was sind die Voraussetzungen im Gesetzgebungsverfahren des Nationalrates für ein Bundesverfassungsgesetz?
2. Ist das GOG-NR ein Verfassungsgesetz?

Im Rahmen seiner Prüfungsvorbereitung für die Fachprüfung aus ÖR I fragt sich der Multimediestudent der Rechtswissenschaften Kai Klug, ob das GOG-NR ein Verfassungsgesetz ist?

1. Was sind die Voraussetzungen im Gesetzgebungsverfahren des Nationalrates für ein Bundesverfassungsgesetz?
2. Ist das GOG-NR ein Verfassungsgesetz?
3. War für die Erlassung des GOG-NR eine Volksabstimmung nötig?

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 13. März 2009 zum Thema „Verfassungswidrigkeit des Kinderbetreuungsgeldgesetzes“ verwies der Präsident des VfGH auf die Regeln des Rechtsstaates: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden.“

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 13. März 2009 zum Thema „Verfassungswidrigkeit des Kinderbetreuungsgeldgesetzes“ verwies der Präsident des VfGH auf die Regeln des Rechtsstaates: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden.“

1. Was sind die Charakteristika des rechtsstaatlichen Grundprinzips und welche anderen Grundprinzipien gibt es noch?

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 13. März 2009 zum Thema „Verfassungswidrigkeit des Kinderbetreuungsgeldgesetzes“ verwies der Präsident des VfGH auf die Regeln des Rechtsstaates: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden.“

1. Was sind die Charakteristika des rechtsstaatlichen Grundprinzips und welche anderen Grundprinzipien gibt es noch?
2. Was meint der Präsident des Verfassungsgerichtshofes mit der Aussage: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden“?

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 13. März 2009 zum Thema „Verfassungswidrigkeit des Kinderbetreuungsgeldgesetzes“ verwies der Präsident des VfGH auf die Regeln des Rechtsstaates: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden.“

1. Was sind die Charakteristika des rechtsstaatlichen Grundprinzips und welche anderen Grundprinzipien gibt es noch?
2. Was meint der Präsident des Verfassungsgerichtshofes mit der Aussage: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden“?
3. Unter welchem „terminus technicus“ wird das obige Konzept diskutiert?

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 13. März 2009 zum Thema „Verfassungswidrigkeit des Kinderbetreuungsgeldgesetzes“ verwies der Präsident des VfGH auf die Regeln des Rechtsstaates: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden.“

1. Was sind die Charakteristika des rechtsstaatlichen Grundprinzips und welche anderen Grundprinzipien gibt es noch?
2. Was meint der Präsident des Verfassungsgerichtshofes mit der Aussage: „Solange ein Gesetz gilt, sind alle daran gebunden“?
3. Unter welchem „terminus technicus“ wird das obige Konzept diskutiert?

Diese Fragestellung war teilweise ein Bestandteil der Fachprüfung ÖR I vom 3. Juli 2009

Die Innenministerien Mag. Dr. Maria Fekter machte im Sommer 2009 den Vorschlag, die Staatsanwälte durch einen geheimen Unterausschuss des Nationalrates kontrollieren zu lassen.

Die Innenministerien Mag. Dr. Maria Fekter machte im Sommer 2009 den Vorschlag, die Staatsanwälte durch einen geheimen Unterausschuss des Nationalrates kontrollieren zu lassen.

1. Mit welchem Grundprinzip unserer Verfassung könnte dieser Vorschlag im Widerspruch stehen?

Die Innenministerien Mag. Dr. Maria Fekter machte im Sommer 2009 den Vorschlag, die Staatsanwälte durch einen geheimen Unterausschuss des Nationalrates kontrollieren zu lassen.

1. Mit welchem Grundprinzip unserer Verfassung könnte dieser Vorschlag im Widerspruch stehen?
2. Erklären Sie den Unterschied zwischen formell-organisatorischer und materieller Gewaltenteilung!

Die Innenministerien Mag. Dr. Maria Fekter machte im Sommer 2009 den Vorschlag, die Staatsanwälte durch einen geheimen Unterausschuss des Nationalrates kontrollieren zu lassen.

1. Mit welchem Grundprinzip unserer Verfassung könnte dieser Vorschlag im Widerspruch stehen?
2. Erklären Sie den Unterschied zwischen formell-organisatorischer und materieller Gewaltenteilung!
3. **Wo ist die Trennung von Verwaltung und Gerichtsbarkeit verfassungsgesetzlich verankert?**

Die Innenministerien Mag. Dr. Maria Fekter machte im Sommer 2009 den Vorschlag, die Staatsanwälte durch einen geheimen Unterausschuss des Nationalrates kontrollieren zu lassen.

1. Mit welchem Grundprinzip unserer Verfassung könnte dieser Vorschlag im Widerspruch stehen?
2. Erklären Sie den Unterschied zwischen formell-organisatorischer und materieller Gewaltenteilung!
3. Wo ist die Trennung von Verwaltung und Gerichtsbarkeit verfassungsgesetzlich verankert?
4. **Beruhet unsere Verfassung auf einer Gewaltenteilung im formell-organisatorischen oder materiellen Sinn?**

**Über 140.000 Personen haben das Volksbegehren
„Stopp den Postraub“ mit ihrer Unterschrift unterstützt.**

Über 140.000 Personen haben das Volksbegehren „Stopp den Postraub“ mit ihrer Unterschrift unterstützt.

1. Gem Art 1 B-VG ist Österreich eine demokratische Republik. Doch was sind Folgen aus dem demokratischen Konzept und wie ist dieses in Österreich ausgestaltet?

Über 140.000 Personen haben das Volksbegehren „Stopp den Postraub“ mit ihrer Unterschrift unterstützt.

1. Gem Art 1 B-VG ist Österreich eine demokratische Republik. Doch was sind Folgen aus dem demokratischen Konzept und wie ist dieses in Österreich ausgestaltet?
2. Welche Arten der direkten Demokratie gibt es in Österreich auf Bundesebene?

Über 140.000 Personen haben das Volksbegehren „Stopp den Postraub“ mit ihrer Unterschrift unterstützt.

1. Gem Art 1 B-VG ist Österreich eine demokratische Republik. Doch was sind Folgen aus dem demokratischen Konzept und wie ist dieses in Österreich ausgestaltet?
2. Welche Arten der direkten Demokratie gibt es in Österreich auf Bundesebene?
3. Ist der Ausgang eines Volksbegehrens bindend?

Heute, den 26. August 2009, findet die zweite Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments statt.

Heute, den 26. August 2009, findet die zweite Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments statt.

1. Welche anderen politischen Kontrollrechte gibt es in der österreichischen Bundesverfassung und wo sind diese geregelt?

Heute, den 26. August 2009, findet die zweite Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments statt.

1. Welche anderen politischen Kontrollrechte gibt es in der österreichischen Bundesverfassung und wo sind diese geregelt?
2. Welche Vorgänge können mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses durch das Parlament kontrolliert werden?

Heute, den 26. August 2009, findet die zweite Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments statt.

1. Welche anderen politischen Kontrollrechte gibt es in der österreichischen Bundesverfassung und wo sind diese geregelt?
2. Welche Vorgänge können mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses durch das Parlament kontrolliert werden?
3. Ist die Bundesregierung dem Nationalrat auch rechtlich verantwortlich?

**2010 finden die nächsten Bundespräsidentenwahlen statt.
Der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat noch
nicht bekannt gegeben, ob er wieder kandidieren wird.**

2010 finden die nächsten Bundespräsidentenwahlen statt. Der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat noch nicht bekannt gegeben, ob er wieder kandidieren wird.

1. Wem ist der Bundespräsident rechtlich und politisch verantwortlich?

2010 finden die nächsten Bundespräsidentenwahlen statt. Der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat noch nicht bekannt gegeben, ob er wieder kandidieren wird.

1. Wem ist der Bundespräsident rechtlich und politisch verantwortlich?
2. Zu welcher Staatsteilgewalt wird der Bundespräsident gezählt?

2010 finden die nächsten Bundespräsidentenwahlen statt. Der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat noch nicht bekannt gegeben, ob er wieder kandidieren wird.

1. Wem ist der Bundespräsident rechtlich und politisch verantwortlich?
2. Zu welcher Staatsteilgewalt wird der Bundespräsident gezählt?
3. Von wem wird der Bundespräsident im Verhinderungsfall vertreten?

2010 finden die nächsten Bundespräsidentenwahlen statt. Der amtierende Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat noch nicht bekannt gegeben, ob er wieder kandidieren wird.

1. Wem ist der Bundespräsident rechtlich und politisch verantwortlich?
2. Zu welcher Staatsteilgewalt wird der Bundespräsident gezählt?
3. Von wem wird der Bundespräsident im Verhinderungsfall vertreten?
4. Warum könnte Dr. Heinz Fischer neuerlich zur Wahl des Bundespräsidenten kandidieren?

Schon seit einiger Zeit wird die Idee diskutiert, ob der Bundesrat gänzlich abgeschafft oder bloß reformiert werden soll.

Schon seit einiger Zeit wird die Idee diskutiert, ob der Bundesrat gänzlich abgeschafft oder bloß reformiert werden soll.

1. Der Bundesrat hat in der Bundesgesetzgebung im Verhältnis zum Nationalrat grundsätzlich eine schwach Stellung. Nennen Sie den Grund dafür!

Schon seit einiger Zeit wird die Idee diskutiert, ob der Bundesrat gänzlich abgeschafft oder bloß reformiert werden soll.

1. Der Bundesrat hat in der Bundesgesetzgebung im Verhältnis zum Nationalrat grundsätzlich eine schwach Stellung. Nennen Sie den Grund dafür!
2. Wie verhalten sich die Landesverfassungen zur Bundesverfassung?

Nach Durchsicht der Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009 (in Kraft seit 1. Juli 2009) kommen Sie zu dem Ergebnis, dass diese materiell verfassungswidrig sein könnte.

Nach Durchsicht der Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009 (in Kraft seit 1. Juli 2009) kommen Sie zu dem Ergebnis, dass diese materiell verfassungswidrig sein könnte.

1. Wer könnte die Novelle des Oö. Tanzschulgesetzes aufheben?

Nach Durchsicht der Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009 (in Kraft seit 1. Juli 2009) kommen Sie zu dem Ergebnis, dass diese materiell verfassungswidrig sein könnte.

1. Wer könnte die Novelle des Oö. Tanzschulgesetzes aufheben?
2. Welche Normen sind Prüfungsmaßstab für das Oö. Tanzschulgesetz?

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

1. Durch welche zwei Methoden wird Völkerrecht ganz grundsätzlich in das nationale Recht übergeleitet?

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

1. Durch welche zwei Methoden wird Völkerrecht ganz grundsätzlich in das nationale Recht übergeleitet?
2. Welcher Völkerrechtsquelle ist dieses Übereinkommen zuzurechnen?

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

1. Durch welche zwei Methoden wird Völkerrecht ganz grundsätzlich in das nationale Recht übergeleitet?
2. Welcher Völkerrechtsquelle ist dieses Übereinkommen zuzurechnen?
3. Welches Organ schließt grundsätzlich Staatsverträge ab?

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

1. Durch welche zwei Methoden wird Völkerrecht ganz grundsätzlich in das nationale Recht übergeleitet?
2. Welcher Völkerrechtsquelle ist dieses Übereinkommen zuzurechnen?
3. Welches Organ schließt grundsätzlich Staatsverträge ab?
4. Was ist mit dem Beschluss des Nationalrates „Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Art 50 Abs 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen“ gemeint?

Unter anderem auf Grund der Ratifikation des „Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport“ wurde das Anti-Doping-Bundesgesetz 2007 erlassen.

1. Durch welche zwei Methoden wird Völkerrecht ganz grundsätzlich in das nationale Recht übergeleitet?
2. Welcher Völkerrechtsquelle ist dieses Übereinkommen zuzurechnen?
3. Welches Organ schließt grundsätzlich Staatsverträge ab?
4. Was ist mit dem Beschluss des Nationalrates „Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Art 50 Abs 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen“ gemeint?
5. Ist ein generell transformierter Staatsvertrag immer auch unmittelbar anwendbar?

Der Bund möchte in Sachen des Jagdrechts einen Staatsvertrag ratifizieren.

Der Bund möchte in Sachen des Jagdrechts einen Staatsvertrag ratifizieren.

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage könnte er diesen völkerrechtlichen Vertrag abschließen?

Der Bund möchte in Sachen des Jagdrechts einen Staatsvertrag ratifizieren.

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage könnte er diesen völkerrechtlichen Vertrag abschließen?
2. Ist der Bund in diesem Fall an die Kompetenzverteilung gebunden?

Der Bund möchte in Sachen des Jagdrechts einen Staatsvertrag ratifizieren.

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage könnte er diesen völkerrechtlichen Vertrag abschließen?
2. Ist der Bund in diesem Fall an die Kompetenzverteilung gebunden?
3. Welche Gebietskörperschaft ist auf welcher gesetzlichen Grundlage zuständig Durchführungsregelungen zu erlassen?

Der Bund möchte in Sachen des Jagdrechts einen Staatsvertrag ratifizieren.

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage könnte er diesen völkerrechtlichen Vertrag abschließen?
2. Ist der Bund in diesem Fall an die Kompetenzverteilung gebunden?
3. Welche Gebietskörperschaft ist auf welcher gesetzlichen Grundlage zuständig Durchführungsregelungen zu erlassen?
4. Könnte das Land Oberösterreich einen Staatsvertrag der das Asylwesen betrifft ratifizieren?

Institut für Multimediales Öffentliches Recht

Repetitorium Öffentliches Recht I
WS 2009/2010

Mag. Doris Stilgenbauer

Wichtige Fragen der Falllösung

Wichtige Fragen der Falllösung

1. Ist das Vorhaben bewilligungspflichtig?

Wichtige Fragen der Falllösung

1. Ist das Vorhaben bewilligungspflichtig?
2. Wenn ja, welche Voraussetzung sind zu erfüllen und wo sind diese geregelt (Rechtsvorschriften)?

Wichtige Fragen der Falllösung

1. Ist das Vorhaben bewilligungspflichtig?
2. Wenn ja, welche Voraussetzung sind zu erfüllen und wo sind diese geregelt (Rechtsvorschriften)?
3. **Tatbestandsanalyse**

Wichtige Fragen der Falllösung

1. Ist das Vorhaben bewilligungspflichtig?
2. Wenn ja, welche Voraussetzung sind zu erfüllen und wo sind diese geregelt (Rechtsvorschriften)?
3. Tatbestandsanalyse
4. Was ist die Rechtsfolge?

Wichtige Fragen der Falllösung

1. Ist das Vorhaben bewilligungspflichtig?
2. Wenn ja, welche Voraussetzung sind zu erfüllen und wo sind diese geregelt (Rechtsvorschriften)?
3. Tatbestandsanalyse
4. Was ist die Rechtsfolge?
5. Zu welchem Ergebnis führt mich die Subsumtion?

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. **grammatikalische Interpretation**

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. grammatikalische Interpretation
3. systematische Interpretation

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. grammatikalische Interpretation
3. systematische Interpretation
4. subjektive Interpretation

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. grammatikalische Interpretation
3. systematische Interpretation
4. subjektive Interpretation
5. historische (historisch-subjektive) Interpretation

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. grammatikalische Interpretation
3. systematische Interpretation
4. subjektive Interpretation
5. historische (historisch-subjektive) Interpretation
6. teleologische Interpretation

Die geläufigsten Auslegungsmethoden

1. Wortlautinterpretation (vgl § 6 ABGB)
2. grammatikalische Interpretation
3. systematische Interpretation
4. subjektive Interpretation
5. historische (historisch-subjektive) Interpretation
6. teleologische Interpretation
7. konforme Interpretation